



Vorarlberg in 24 Stunden

Lenkerin krachte in Einkaufswagenbox

Eine 19-Jährige ist am Montag gegen 22.30 Uhr auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums in Bürs bei Bludenz mit ihrem Fahrzeug gegen eine Einkaufswagenbox geprallt. Der Aufprall war so heftig, dass die junge Frau den Pkw

nicht eigenständig verlassen konnte. Sie musste von der Feuerwehr mit der Bergeschere befreit werden. Anschließend wurde sie ins Krankenhaus Feldkirch gebracht. Die ebenfalls 19-jährige Beifahrerin blieb unverletzt. Am Auto entstand Totalschaden, die Box wurde schwer beschädigt.



Foto: Mathis Fotografie

Lkw stürzte über Böschung ab

Trotz montierter Schneeketten geriet ein 20-jähriger Lkw-Fahrer am Montagmorgen auf der schneebedeckten Kristbergstraße ins Rutschen. In einer Linkskurve geriet der talwärts fahrende Lenker von der Fahrbahn ab

und stürzte über eine Böschung. Der Lkw blieb nach wenigen Metern in einer Baumgruppe hängen. Der Fahrer blieb unverletzt und konnte die Fahrerkabine selbstständig verlassen. Die Bergung des Fahrzeuges dauerte bis in die Abendstunden, da ein Spezialfahrzeug erforderlich war.



Foto: Hofmeister Bernd

Frau (93) von Pkw niedergestoßen

Eine Gehbehinderte (93) wurde am Dienstag von einem Pkw gestreift, als sie auf dem Gehweg der Alten Schulstraße in Mäder unterwegs war. Der Fahrer flüchtete, die Polizei sucht nach Lenker und Zeugen.



Wir haben ein Wohnpaket geschnürt, das insbesondere jungen Familien die Schaffung des ersten Eigentums erleichtern soll. Die Richtlinien sind stark vereinfacht worden. Im Budget 2023 sind 155 Millionen Euro veranschlagt.

Landeshauptmann
Markus Wallner, ÖVP



Foto: SEPA Media | Michael Indra



Foto: Patrick Huber

155 Millionen Euro Wohnbauförderung sind veranschlagt

Statt Eigenmittel: Land gewährt zinslosen Kredit

Geschnürtes Wohnpaket soll insbesondere jungen Menschen und Familien dabei helfen, Eigentum zu erwerben.

Unter dem Titel Wohnbauförderung sind für das kommende Jahr 155 Millionen Euro im Landesbudget veranschlagt. Neben der Vereinfachung der Fördersysteme im Neubau wird auch auf ökologisches Bauen gesetzt. Beim Neubau wird die Basisförderung pro Quadratmeter durch Pauschalkredite ersetzt. Im privaten Wohnbau werden zwischen 40.000 und 100.000 Euro pro Wohneinheit gewährt. So können beispielsweise

zwei Erwachsene mit einem Netto-Haushaltseinkommen von 4760 Euro für eine 78 Quadratmeter-Wohnung bis zu 125.000 Euro an Wohnbauförderung erhalten.

Die angebotenen Zinssätze bezeichnete der Landeshauptmann als „sehr attraktiv“. So kann der Wohnbauförderungsnehmer etwa zwischen einem Zinssatz von 0,25 Prozent (für die ersten fünf Jahre) oder einem Fixzinssatz von 1,25 Prozent für 35 Jahre entscheiden.

Weil es gerade für viele junge Menschen und Familien schwierig geworden sei, die Eigenmittelquote von 20 Prozent für einen Kredit zu erfüllen, haben die Mitglieder der Landesregierung eine neue Förderrichtlinie beschlossen: Unter bestimmten Bedingungen sind zinsfrei Mittel in Höhe von bis zu 25.000 Euro zu bekommen, die innerhalb von 20 Jahren zurückzuzahlen sind. Das Land verzichtet dabei auf einen Eintrag ins Grundbuch.

Zum dritten Mal hat die AK Vorarlberg gemeinsam mit der Krankenhaus-Betriebsgesellschaft und dem Zentralbetriebsrat die Arbeitszufriedenheit in den Landesspitälern erfragt. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass viele – nicht zuletzt aufgrund der Pandemie – unter den hohen Belastungen leiden. Dennoch würden noch immer 83 Prozent aller Befragten jederzeit wieder einen Beruf im Gesundheitswesen ergreifen, 79 Prozent erneut in den Landeskrankenhäusern.

Herausfordernde Altersstruktur

Die aktuellen Herausforderungen allerdings sind groß: Vor allem die demographischen Entwicklungen bei Mitarbeitern und Patienten werden den Einsatz aller erfordern. „Von der Pflegeausbildung über Arbeitsplatzgestaltung bis hin zu altersadäquaten und familien-tauglichen Rahmenbedingungen werden die Landes-

krankenhäuser auch in Zukunft wichtige zusätzliche Maßnahmen setzen müssen“, betont der Direktor der Krankenhausbetriebsgesellschaft, Gerald Fleisch. AK-Präsident Bernhard

Heinzle ortet „dringenden Handlungsbedarf, wenn wir das System der gesundheitlichen Versorgung in den Krankenhäusern nicht gefährden wollen“. Rund 5000 Frauen und Männer sind in

den Spitälern beschäftigt. Die Personalstruktur zeigt laut Arbeitswissenschaftler Heinrich Geissler ein Bild der Überalterung. Alle fünf Jahre würde von nun an eine Pensionierungswelle rollen.

„Das schreit nach einem Generationenmanagement, das diesen Namen auch verdient.“ Er fordert verlässliche Dienstpläne, altersgerechten Einsatz und wertschätzenden Umgang.

Personal am Anschlag

Befragung zeigt: Immer mehr Mitarbeiter in den Spitälern sind erschöpft, zudem droht alle fünf Jahre eine Pensionierungswelle. Rahmenbedingungen müssen verbessert werden.

Heinrich Geissler, Bernhard Heinzle, Gerald Fleisch und Thomas Steurer (v.l.).



„Zfrieda Schaffa im Krankhaus“

Dritte Befragung der Belegschaft zeigt: Gesundheitswesen enorm unter Druck

83 %

DER MITARBEITER

würden den Beruf im Gesundheitswesen jederzeit wieder ergreifen. 79 Prozent gaben an, jederzeit wieder in einem der Landeskrankenhäuser arbeiten zu wollen.

Mit über 400 Millionen Euro schlagen die Ausgaben des Sozialfonds zu Buche. Gespeist wird dieser von Land und Gemeinden, finanziert werden unter anderem Sozialhilfe sowie Pflege- und Betreuungsleistungen. Wie effektiv die Ausgaben des Sozialfonds und des Instituts für Sozialdienste (IfS) erfolgten, prüfte Rechnungshofdirektorin Brigitte Egger-Bargehr in den Jahren 2018 und 2019 –

Mehr Tempo beim Controlling

Jährliche Kostensteigerungen im Sozialbereich sollen so gedämpft werden

und hatte damals durchaus das eine oder andere zu beanstanden.

Rund vier Jahre später wurde geschaut, wie die Vor-

gaben und Empfehlungen umgesetzt wurden. Ein gutes Zeugnis stellte Egger-Bargehr dabei vor allem dem IfS aus – hier wurden alle Emp-

fehlungen umgesetzt. Auch das Land hätte die Vorschläge weitgehend aufgegriffen. „Die Richtung stimmt, das Tempo zur Ausrollung der Maßnahmen sollte aber noch erhöht werden. Wichtige Vorschläge wie jene zur Leistungsdefinition oder zur systematischen Tarifüberprüfung sind konsequent voranzutreiben und auf andere Sozialeinrichtungen auszuweiten“, resümierte die Rechnungshofdirektorin.



Foto: Mathis Fotografie

Brigitte Egger-Bargehr